

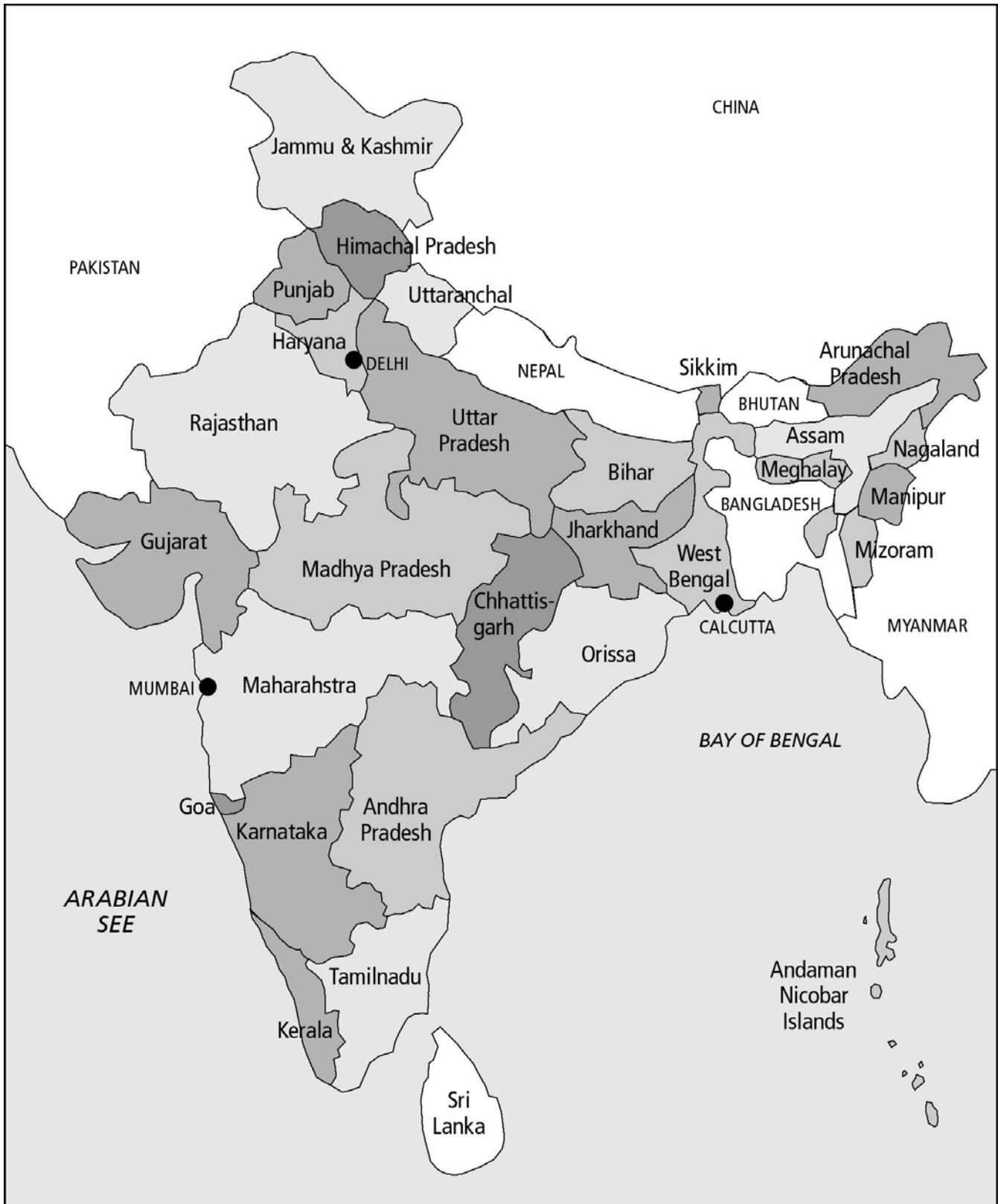
Machtwechsel in Delhi

Hintergrund und Folgen der Wahlen in Indien

Manfred Haack

Juli 2004

- Indien hat gewählt. Die Wahlbeteiligung lag mit 58 Prozent im üblichen Rahmen. Der *Congress* unter Führung von Sonja Gandhi wurde stärkste Fraktion. Die bisher regierende *Bharatiya Janata Party (BJP)* hat deutlich verloren. Die Linksparteien konnten zulegen. Wichtige Bündnispartner der *BJP* sind zur Bedeutungslosigkeit abgesunken.
- In dem folgenschweren Ausgang der Wahlen zur 14. *Lok Sabha* zeigt sich die Fähigkeit der indischen Demokratie, den sozial Benachteiligten politische Mittel des Widerstands in die Hand zu geben. Zwar wird der Machtwechsel hin zu einer vom *Congress* geführten Regierung nicht unmittelbar die Lage von Hunderten Millionen Armer verbessern, aber diese konnten sich mit ihrer Stimmabgabe zumindest gegen die ihrem Elend hohnsprechende *Feelgood*-Propaganda der bisher regierenden Rechtskoalition wehren.
- Auch wurde den falschen Propheten eine Lehre erteilt, die den *Congress* ein weiteres Mal abgeschrieben hatten. Im Gegenteil scheint es die hindu-nationalistische *Bharatiya Janata Party* zu sein, die nun mit der Demaskierung ihrer ideologischen Militanz ihre Zukunft gerade hinter sich bringt.
- Die neuerliche Stärkung regionaler Parteien bedeutet zugleich eine weitere Dezentralisierung des indischen Föderalismus. Die politischen Gewichte haben sich weiter zugunsten der Einzelstaaten verschoben, wobei offen bleibt, ob diese ihren politischen Einfluss auf Unionsebene künftig dem Prinzip der Bundestreue unterwerfen oder weiterhin vorwiegend Partikularinteressen vertreten werden.
- Schließlich sind die Befürchtungen, die neue Regierung unter dem erfahrenen *Congress*-Politiker und Ökonomen Manmohan Singh könnte die zaghaften Wirtschaftsreformen ihrer Vorgänger widerrufen und die jüngste Entspannungspolitik Vajpayees beenden, deutlich weniger begründet als sie es wären, wenn dieser die Wahl gewonnen und die *BJP* dann ohne ihn weiterregiert hätte.



Der Autor:

Manfred Haack ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Delhi, Indien.

Das große Missverständnis

Dass in indischen und internationalen Medien merkwürdig gleichtönend von einer „überraschenden“ Abwahl der Regierung Vajpayee berichtet wird, veranschaulicht das große Missverständnis, das dieser vorgezogenen Wahl zum Unterhaus (*Lok Sabha*) des indischen Parlaments zwischen 20. April und 10. Mai vorausgegangen war. Denn **„überraschend“ war eher der unbeirrbare Eifer, mit dem ein Sieg des Regierungsbündnisses vorhergesagt wurde, obwohl die Fakten bereits Wochen vorher in eine andere Richtung deuteten.**

Dass schließlich die Ergebnisse der Stimmenausschüttung diametral von fast allen durch die Medien verbreiteten Prognosen einschließlich der *Exit polls* abwichen, offenbart, wie sehr es diesen an Validität und Plausibilität mangelte – oder auch an Unabhängigkeit. Zu den Fakten gehört, dass die hindu-nationalistische *Bharatiya Janata Party (BJP)* bei den letzten Wahlen in 1999 ihr Wählerpotential über die Grenzen ihrer Stammwählerschaft hinaus ausgeschöpft hatte, so dass mit weiteren Zugewinnen kaum zu rechnen war. Seit Anfang 2002 konnte die *BJP* nur bei sechs von 14 Landtagswahlen zulegen, in Rajasthan und Madhya Pradesh allerdings recht deutlich. Ein Sonderfall war die Wahl im April 2002 in Gujarat, wo die *BJP* die von ihr angezettelten anti-muslimischen Pogrome rücksichtslos für einen polarisierenden Wahlkampf ausnutzte und im Angstklima eines Ausnahmezustands weit jenseits ihrer politischen Klientel Stimmen sammeln konnte. Andererseits hat die *BJP* in den Staaten des Hindu-Gürtels von Delhi über Uttar Pradesh nach Bihar sowie in Uttaranchal deutliche Rückschläge hinnehmen müssen. Auch im Süden und im Nordosten, wo der Hindu-Nationalismus wenig Resonanz findet, hat sie nach dem Absprung wichtiger Bündnispartner an Boden verloren. Von einem positiven Trend konnte angesichts dieser Realitäten also keine Rede sein.

Allerdings hat sich, parallel zu der seit dem Herbst 2002 abflauenden Konfrontation mit Pakistan, die Grundmelodie der öffentlichen Meinung verändert. Die konfliktfixierten aggressiven Töne traten in den Hintergrund einer neuen Stimmung zuversichtlicher Selbstbespiegelung. Darin schien Indien sich von der Fesselung an seine Nachbarschaftskonflikte zu lösen und in die Rolle eines künftigen *Global players* hineinzuwachsen. Bald verging kaum ein Tag ohne die Vermeldung eines neuen Superlativs, der den rasanten Aufstieg des Landes illustrierte. Sei es als Weltmacht der Informationstechnologie, als Konstrukteur von Mittelstreckenraketen und Satelliten, als Produzent von 27 verschiedenen Automodellen, sei es als Land, das weltweit die meisten Ingenieure ausbildet – überall wurden Indien Spitzenplätze zuerkannt. Unausweichlich folgten dieser Welle der Selbstermutigung gewagte Spekulationen, wann Indien wohl seinen bisherigen Angstgegner China überholen werde, und wen wann danach.

Sitzverteilung im Unterhaus nach den Wahlen 2004 und 1999

Parteienbündnis	2004	1999
Wichtigste Partei		
United Progressive Front	219	150
Indian National Congress (INC)	145	114
National Democratic Alliance	184	277
Bharatiya Janata Party (BJP)	138	182
Left Front	59	40
Communist Party of India (CPM)	43	33
Sonstige	93	78
Insgesamt	545	545

Weder die Regierung noch die Medien setzten sich kritisch mit den Symptomen des Größenwahns auseinander, so als teilten sie die Erleichterung der kleinen wohlhabenden Oberschicht, dass Indiens Einzigartigkeit einmal nicht mit der Massenarmut assoziiert wurde. Statt dessen geriet

der **virtuelle Aufschwung begrifflich zum *Feel-good-Faktor***, auf den sich fortan die Gewissheit stützte, die Regierung befinde sich in einem Stimmungshoch. Weil diese Deutung von den nationalen Medien enthusiastisch übernommen wurde, geriet die politische Fehlspekulation auf

einen sicheren Wahlsieg der regierenden Koalition zum Selbstläufer.

Dies ist das **große Missverständnis**, das auch dem **Wahlkampfkonzept der *BJP*-Führung zugrunde lag – sie war zum Opfer ihrer eigenen *Feelgood*-Propaganda geworden.**

Besonderheiten und Einflussfaktoren

Die Staaten und das Zentrum

Indische Parlamentswahlen werden – anders als etwa in Deutschland – **eher nach den politischen Verhältnissen in den Staaten (Ländern) entschieden als im Blick auf die Politik der Regierung in Delhi**. Sinngemäß gilt das natürlich erst recht für die Wahlen zu den *State Assemblies* (Landtagen), die nur ausnahmsweise von der Politik des Zentrums beeinflusst werden. Dies erklärt zum einen, **warum regionale Parteien bei gesamtindischen Wahlen zunehmend erfolgreich sind**. Zum anderen folgt daraus, dass **die Performance der Parteien in den Staaten mehr zählt als deren Beiträge auf Unionsebene**. Letzteres gilt im Prinzip auch für die beiden nationalen Parteien *Congress* und *BJP*, obschon diese naturgemäß auch in ihrer überregionalen Rolle wahrgenommen werden. Aus diesem Grund gehen die *BJP* und mittlerweile auch der *Congress* in Staaten, in denen sie über keine eigene Basis verfügen, **Wahlbündnisse mit regionalen Parteien ein und treten darin zuweilen auch als Juniorpartner in Erscheinung**. Angesichts des indischen Mehrheitswahlrechts können solche Allianzen, wenn sie mit der Konzentration der den einzelnen Parteien zufallenden Wählerstimmen auf gemeinsame Kandidaten den Split-Faktor gering halten, wahlentscheidend sein.

Der *Anti-Incumbency*-Faktor

Der zuweilen erdrutschartige Wechsel des Wahlverhaltens wird in Indien auf einen *Anti-Incumbency*-Faktor, die verbreitete Neigung, gegen die jeweils im Amt befindliche Regierung zu stimmen, erklärt. Dabei handelt es sich weniger um einen vom politischen Kontext abgelösten Reflex als um ein **Protestwahlverhalten**, das auf die Zeit der politischen Monopolstellung des *Congress* zurückgeht. Die zahlreichen vom *Congress* abgespaltenen Parteien, galten dem indischen Wähler seinerzeit nicht unbedingt als programmatische Alternative sondern schlicht als Chance, einmal gegen die Dauerregierungspartei zu stimmen. Bis heute ist erhalten geblieben, dass es in Indien normalerweise keinen Regierungsbonus sondern statt dessen einen entsprechenden Malus gibt. Andererseits ist der *Anti-Incumbency*-Faktor kein politisches Naturgesetz, wie auch diesmal die Ergebnisse in einzelnen Staaten zeigen, in denen die dort regierenden Parteien bei der *Lok Sabha*-Wahl zulegen konnten. Er kann aber die Wirkungen schon vorhandener Unzufriedenheit drastisch verstärken.

Das auch als Swing-Faktor bezeichnete Phänomen zeigt sich nicht nur in Stimmen gegen die jeweiligen Regierungsparteien sondern auch in den fehlenden Stimmen derer, die zwar die Vorgängerregierung aus dem Amt gewählt hatten, nun aber zufrieden zu Hause bleiben. Jedenfalls gilt auch in Indien der Grundsatz, dass Macht-

wechsel nicht geschehen, weil die Opposition gewählt, sondern immer nur, weil die Regierung abgewählt wird.

Kasten, Stämme und Religionsgemeinschaften

Im Unterschied zum europäischen Typ der nivelierten Mittelstandsgesellschaft ist die indische Gesellschaft hierarchisch nach Klassen, Kasten und Clans und regional nach Ethnien, Stämmen, Sprachen und Religionen gegliedert. Innerhalb der Kasten und Clans ist die soziale Mobilität gering, während Klassenschranken besonders in urbanen Regionen überwunden werden können. **Den niederen Kasten** (mal fälschlich als Kastenlose mal als Unberührbare bezeichnet) **hat das demokratische System Wege geöffnet, sich über ihre soziale Diskriminierung hinwegzusetzen.** So haben Parteien der Dalits und der anderen unteren Kasten wie etwa die *Rashtriya Janata Dal* in Bihar, die *Bahuja Samaj Party* und die *Samajwadi Party* in Uttar Pradesh und die *Pattali Makkal Katchi* in Tamil Nadu **beträchtlichen politischen Einfluss gewonnen.**

Auch die großenteils auf Ureinwohner zurückgehenden **Stämme** nutzen die Organisationsform von Parteien, um ihre Interessen und zuweilen separatistischen Ziele voranzubringen.

Obwohl die **Muslime** unter den religiös definierten Bevölkerungsgruppen nach den Hindus die zweitgrößte sind, **verfügen sie über keine ihrer Zahl von rund 140 Millionen entsprechende**

politische Organisation. Unter dem Eindruck periodisch aufwallender Anfeindungen durch hinduistische Fanatiker **wählen die Muslime mehrheitlich säkulare Parteien.** Die Religionsgemeinschaft der Sikhs ist auf der politischen Bühne sowohl in ihrem Stammland Punjab als auch auf Unions-ebene mit der Regionalpartei *Shiromani Akali Dal* vertreten.

Nationale und regionale Parteien

Nach dem Ende der politischen Monopolstellung des *Congress* hat sich in Indien ein hochdifferenziertes Parteienspektrum gebildet, in dem heute der Typ **regionaler, auf bestimmte Kasten oder ethnische Gruppen fokussierter Klientelparteien überwiegt.** Diese profitieren von einem Wahlverhalten, das entlang der sozialen Trennlinien zwischen unteren und Mittelkasten, Dalits und Adivasis, regionalen Stämmen und Sprachgemeinschaften, Hindus, Sikhs und Muslimen verläuft. Nachdem an die dreißig solcher regionalen Parteien entsprechend viele Segmente der Wählerschaft für sich beanspruchen, **bleibt für das halbe Dutzend nationaler Parteien vom alten Catch-all-Typ nicht allzu viel übrig.** Die Kommunisten haben aus der Not eine Tugend gemacht und treten in ihren Hochburgen West Bengal und Kerala als dominierende Regionalparteien auf. **Die beiden Großen bemühen sich, dem Dilemma mit Allianzen zu begegnen. Dies ist der BJP in der Vergangenheit besser als dem Congress gelungen, diesmal war es umgekehrt.**

Gründe für das Scheitern der *National Democratic Alliance*

Die seit 1998 amtierende Regierung von Premierminister Atal Behari Vajpayee stützte sich auf das zeitweilig bis zu 23 Parteien umfassende Bündnis *National Democratic Alliance (NDA)*. Dessen

Kern bildeten die unbestritten führende *Bharatiya Janata Party*, die *Janata Dal (United) - JD(U)* – und die vier regionalen Parteien *Shiv Sena (SHS)* in Maharashtra, *Biju Janata Dal (BJD)* in Orissa,

All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK) in Tamil Nadu und *Trinamool Congress (TC)* in West Bengal. Ein wichtiger Bündnispartner der NDA war die in Andhra Pradesh regierende *Telugu Desam Party (TDP)*.

Der Verlust der Mehrheit bei der jetzt abgehaltene Wahl geht gleichermaßen auf das Konto der BJP, die ein Viertel ihrer Mandate einbüßte, und ihrer Bündnispartner, von denen die *AIADMK* völlig leer ausging und *TDP* und *TC* jeweils auf weniger als ein Fünftel ihrer bisherigen Stärke reduziert wurden. Statt der im Wahlkampf von der *NDA* angepeilten und von willfährigen Medien alsbald prognostizierten 300 Sitze plus blieben am Tag der Auszählung gerade 184 übrig – weit weniger als für die absoluten Mehrheit von 272 Sitzen erforderlich.

Die Popularität des Premierministers wurde bei der Stimmangabe nicht, wie allgemein erwartet, als Vajpayee-Bonus wirksam, vermutlich hat sie aber Schlimmeres verhindert. Die Gründe für das Scheitern der von der *BJP* geführten Koalition liegen in einer **verfehlten Wahlkampfstrategie, mehr noch aber in einer sich an den Nöten und Bedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung desinteressiert zeigenden Politik**.

Der vorgezogene Wahltermin

Im Januar hatte die Parteiführung der *BJP* gegen den Willen Vajpayees beschlossen, die Wahlen von Oktober auf Ende April vorzuverlegen. Den diskret gestreuten Argumenten, derzeit herrsche eine gute Stimmung für die Regierung und, falls der Monsun schlecht ausfällt, sei Oktober als Wahltermin ungünstig, stand freilich der offensichtliche Nachteil gegenüber, dass die Zeitspanne, in der Vajpayee seine außenpolitischen Erfolge hätte konsolidieren können, unnötig verkürzt wurde. Andererseits war die Distanz von drei Monate für einen allein auf ein Stimmungshoch

setzenden Wahlkampf wiederum sehr lang. Ein noch früherer Wahltermin Mitte März, der es den *BJP*-Strategen ermöglicht hätte, die Opposition mit einem Blitzwahlkampf zu überrollen, war am Einspruch der unabhängigen Wahlkommission gescheitert.

In Wirklichkeit hatte die umstrittene Entscheidung aber nicht allein mit wahltaktischen Erwägungen zu tun, sondern zeigte sich als Kulminationspunkt einer seit langem erkennbaren **Entfremdung des souverän regierenden Premierministers von dem hindu-nationalistischen Establishment der BJP**. Dort war man sich zwar bewusst, dass ohne den im Inland populären und international respektierten 79-Jährigen die nächste Wahl nicht zu gewinnen war. Zugleich nahm aber die **Frustration über Vajpayees moderate Politik weitab von der Hindutva-Ideologie seiner Partei ständig zu**. Mit der Entspannung des Verhältnisses zu Pakistan drohte ein vertrautes und innenpolitisch nützliches Feindbild verloren zu gehen. In der Wirtschaftspolitik erschienen selbst die zögerlichen Reformschritte der Regierung in Sachen Privatisierung und Investitionsförderung als Verrat an dem *Hindutva*-Leitmotiv „Indien den Hindus“. Und selbst ein Sonderprogramm des Premierministers für den Bau von Autobahnen galt denen als Affront, die der Errichtung von Hindutempeln Vorrang zumaßen. So steckt hinter dem Vorziehen des Wahltermins vermutlich auch das intrigante Kalkül des von Vajpayee in die Kabinettsdisziplin eingebundenen Hardliners Lal K. Advani, nach einem mit der Zugkraft des populären Premierministers erungenen Wahlsieg als dessen Nachfolger die hindu-nationalistischen Prioritäten der *BJP* durchzusetzen.

India Shining

Nach der Serie von Wahlniederlagen der *BJP* im Jahr 2002 hatte die vermögende hindu-nationalis-

tische Diaspora in den Vereinigten Staaten als Nothilfe einige professionelle Wahlkampfstrategen nach Indien entsandt. Nachdem im letzten Jahr die im amerikanischen Stil aufgelegten Kampagnen in Rajastan und Madhya Pradesh allem Anschein nach erfolgreich waren, wurde der Wahlkampf der *BJP* im Frühjahr 2004 landesweit nach diesem Muster geführt.

Kernstück war die mit großem technischen Aufwand betriebene und von den Medien kräftig unterstützte **Inszenierung *India Shining*, in der Indien als eine einzige Erfolgsveranstaltung präsentiert wurde.** Nun mag solch sorgloser Zweckoptimismus in Gesellschaften, die soziale Disparitäten mit einem patriotischen Grundkonsens überbrücken können, positive Affekte auslösen. In einem Land aber, **in dem 300 Millionen Menschen weit unterhalb der Armutsgrenze leben und mindestens ebenso viele täglich für die Sicherung elementarer Lebensbedingungen kämpfen müssen, wirkt derartige Propaganda obszön.** Zudem ist übersehen worden, dass amerikanische Wähler daran gewöhnt sind, mit parallelen Scheinwelten des Showbusiness konfrontiert zu werden, während dies in Indien wohl nur auf eine Minderheit zutrifft. Insofern war schon das Genre der Inszenierung verfehlt. Aber auch die Intention, über suggestive Erfolgserlebnisse eine wahlwirksame Wohlfühlstimmung zu erzeugen, konnte **allenfalls bei den oberen Mittelschichten verfangen.** Diese hätten der kostspieligen Animation freilich gar nicht bedurft; sie wählen, wenn überhaupt, ohnehin mehrheitlich *BJP*.

Schmähkampagne gegen Sonja Gandhi

Die kühl kalkulierte Niedertracht der *BJP*-Wahlkampagne, sich über die italienische Abstammung Sonja Gandhis zu mokieren und ihr aus diesem Grund die Qualifikation zur indischen Premierministerin zu bestreiten, war kontraproduktiv.

Die persönlichen Angriffe passten nicht zu dem der Öffentlichkeit vertrauten Bild der mit zurückhaltender Würde agierenden *Congress*-Präsidentin und wirkten deshalb unangebracht polemisch. Auch treffen die Spitzen gegen die „Italienerin“ nicht mehr so recht, nachdem diese seit mehr als dreißig Jahren in Indien lebt und eine allseits respektierte Führungsposition im politischen Leben des Landes einnimmt. Deshalb werden derartige Ressentiments heute allenfalls noch im hindunationalistischen Lager geteilt. **In der Anhängerschaft des *Congress*, bei der Sonja Gandhi großes Ansehen genießt, hatte die Schmähkampagne der *BJP* allerdings einen beträchtlichen Mobilisierungseffekt.** Ein anderer paradoxer Effekt war die öffentliche Wahrnehmung, mit der erhabenen, ihre Verletzung nicht leugnenden Haltung, in der sie die Schmähungen ertragen hat, sei Sonja Gandhi noch „indischer“ geworden.

Dass diese ungewollten Wirkungen unterschätzt oder ganz übersehen worden sind, zeigt eine **andere Schwäche des Wahlkampfstils der *BJP*, zwar der eigenen Klientel zum Munde reden, aber kaum neue Wählergruppen ansprechen zu können.**

Hindu-Nationalismus

Die *BJP* ist wie andere Parteien auch, die sich aus Nischen des politischen Spektrums heraus zu Volksparteien entwickeln, in den **Zielkonflikt zwischen Grundsatztreue und breitenwirksamer Akzeptanz geraten.** Dass sie diesen in den letzten fünf Jahren weder entscheiden noch glaubwürdig relativieren konnte, hat die Politik der von ihr geführten Regierung unter den Generalverdacht des ideologischen Hintersinns gestellt. Zwar stand für wählerwirksame Projekte wie außenpolitische Erfolge, Wirtschaftsreformen und ordentliche Amtsführung Premierminister Atal Behari Vajpayee mit dem Gestus des Landes-

vaters im Vordergrund, gleich dahinter aber personifizierte der bekennende Hindu-Nationalist und Innenminister Lal K. Advani den ideologischen Kern der *BJP*.

Die in dem doppelten Image enthaltenen Botschaften waren nicht kompatibel, weil die angesprochenen Zielgruppen jeweils nur einer von beiden zustimmen und die andere ablehnen. So ist das reformerische Image für die Ober- und Mittelschichten attraktiv, denen ideologisches Eiferertum und kommunalistische Gewalt jedoch zuwider sind. Dagegen findet die *Hindutva*-Agenda bei Teilen der Landbevölkerung und des städtischen Kleinbürgertums Anklang, denen Reformen, Urbanisierung und erst recht Globalisierung als Gefährdung ihrer traditionellen Lebensform erscheinen.

Die *BJP* ist bei dieser Wahl auch **von Spätfolgen der anti-muslimischen Pogrome im Frühjahr 2002 in Gujarat und zehn Jahre zuvor nach der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya eingeholt worden.** So sind in Gujarat Adivasis, Dalits und andere, die sich bei den irregulären Landtagswahlen im April 2002 in das Lager der *BJP* geflüchtet hatten, diesmal zum *Congress* zurück-gekehrt, was die *BJP* dort ein Drittel ihrer bisherigen Lok Sabha-Sitze gekostet hat. Auch in anderen Landesteilen haben populistische Anbiederungen der *BJP* an Muslime und andere Minderheiten diese nicht daran gehindert, zu vier Fünfteln säkulare Parteien zu wählen.

Abgesehen von der offenbar länger auf der *BJP* lastenden Hypothek, als Anstifterin kommunalistischer Gewalt zu gelten, stellt sich die Frage, **ob eine auf den Hindu-Nationalismus beschränkte Partei in Indien eine Zukunft hat.** In der indischen Gesellschaft ist **eine – zunächst noch auf urbane Mittelschichten beschränkte – voranschreitende Säkularisierung zu beobachten.** Ob diese dem Hindu-Nationalismus auf mittlere Sicht den Boden entziehen wird, mag dahin

stehen. Jedenfalls ist es dem *Congress* in diesem Wahlkampf gelungen, ein breites Bündnis gegen die *BJP*-geführte Koalition unter dem Motto „Kampf für eine säkulare Regierung“ zu vereinen und zum Sieg zu führen.

Wirtschaftspolitik ohne soziale Flankierung

Gemessen an den offiziellen makroökonomischen Daten hätte die Wirtschaftspolitik der Regierung Vajpayee auch im internationalen Vergleich gute Noten bekommen. **Die Wachstumsrate von 8 Prozent spiegelt allerdings lediglich die Wertschöpfungen des registrierten Gewerbes und die messbaren landwirtschaftlichen Erträge wider.** Die Beiträge der dörflichen Subsistenzwirtschaften und des informellen Sektors zum Sozialprodukt lassen sich lediglich schätzen. Das heißt, dass **für 80 Prozent der indischen Wirtschaftstätigkeit die Zuwächse nicht gemessen sondern extrapoliert werden.** Die große Mehrheit der Inder war von dem 8-Prozent-Rekord ohnehin nicht beeindruckt, denn „Statistiken können lügen – die **realen Lebensbedingungen** tun dies nicht“. Dass es bei eben diesen **eher ein Negativwachstum gegeben hat,** geht aus dem jüngsten *Human Development Index* hervor, nach dem Indien um drei Zähler auf Rang 127 zurückgefallen ist.

Die viel gepriesenen **Wirtschaftsreformen,** bei denen es sich **tatsächlich um eine eher zögerliche Transformation der Nehru-sozialistischen Staatswirtschaft handelt,** waren in erster Linie für Investoren und die kaufkräftigen Oberschichten interessant. Diese haben in den letzten Jahren ihre Konsumzurückhaltung aufgegeben und leisten sich nun einen Toyota Camry oder Ford Mondeo für anderthalb Millionen Rupien, was etwa dem dreifachen Lebensarbeitseinkommen eines voll-beschäftigten Bauarbeiters entspricht. An den für die große Mehrheit elementaren **Mängelbefunden bei dem Zugang zu**

sauberem Wasser, der Schulbildung, der Gesundheitsfürsorge, und der Schaffung von Arbeitsplätzen haben die Reformen dagegen wenig geändert. Sie waren deshalb auch nicht das Pfund, mit dem die Regierung Vajpayee hätte wuchern können. Wie weit deren Politik sich von der profanen Wirklichkeit des indischen Alltagslebens entfernt hatte, demonstrierte indessen die instinktlose Prahlerei mit den auf mehr als 100 Milliarden Dollar angestiegenen indischen Wäh-

rungsreserven. Wer, wie die Mehrzahl der Inder, täglich gerade einen Dollar zum Leben hat, musste dies als Provokation empfinden.

Der Regierung Vajpayee ist es nicht gelungen, den volkswirtschaftlichen Nutzen ihrer Reformen durch eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Schichten glaubhaft zu machen.

Gründe für das Wiedererstarken des *Congress*

Politische Eigenart des *Congress*

Dem *Congress* ist über alle politischen Fehlleistungen und Niederlagen hinweg der Nimbus der Unabhängigkeitsbewegung erhalten geblieben. In diesem Sinne ist er bis heute keine gewöhnliche Partei, sondern auch so etwas wie eine nationale Institution. Jetzt hat sich gezeigt, dass in diesem Gefüge aus fortlebender Geschichte, landesweiter Anhängerschaft und dem nicht verblasen wollenden Glanz der Nehru/Gandhi-Dynastie **noch genügend politische Substanz verborgen ist.** Schon einmal, vor bald 25 Jahren, hatte der bereits totgesagte *Congress* den Wiederaufstieg geschafft und mit kurzen Unterbrechungen bis Mitte der neunziger Jahre regiert. Diesmal scheint es mehr zu sein als nur die Rückkehr an die Macht. Der ältesten politischen Organisation Indiens ist die Aufgabe zugefallen, das unter immensen sozialen Problemen leidende Land mit einer gänzlich unerprobten Allianz in eine von globaler Unsicherheit überschattete Zukunft zu führen. Eine **wesentliche Voraussetzung war der von Sonja Gandhi durchgesetzte Strategiewechsel, den alleinigen Führungsanspruch des *Congress* aufzugeben und sich zu Wahlbündnissen und Koalitionen bereit zu finden.** Erst dadurch konnte er die selbstverschuldete Zwangslage, den anderen Parteien keine Alternative zu

einem Bündnis mit der *BJP* zu lassen, überwinden und wieder regierungsfähig werden.

Das Gewicht der Gandhi-Dynastie

Jawaharlal Nehru, dessen Tochter Indira Gandhi und deren Sohn Rajiv Gandhi haben zu ihren Regierungszeiten die indische Politik in einer Weise geprägt, die anderen Premierministern in der kollektiven Erinnerung wenig Platz belässt. Hinzu kommt, dass der Tod durch Attentate, den Indira Gandhi nach ihrem triumphalen Comeback Anfang der 80er Jahre und Rajiv Gandhi mitten im Wahlkampf von 1991 erlitten, beider politische Biographien verklärt und der Verehrung der „Gandhis“ kulthafte Züge verliehen hat. Die Suggestivkraft des großen Namens hängt offensichtlich nicht von der Herkunft derer, die ihn tragen, ab. Dies erklärt, warum die *Congress*-Führung der Witwe des ermordeten Rajiv Gandhi bereits 1991 – erfolglos – das Amt der Premierministerin und nach dem Wahldebakel von 1998 das der *Congress*-Präsidentin antrug. Sonja Gandhi hat die Parteiführung ohne persönlichen Ehrgeiz wohl aus politischem Pflichtgefühl angenommen und inzwischen mit ihrem **moderierenden zugleich aber durchsetzungskräftigen Führungsstil Autorität aus eigenem Recht erworben.** So hat es

eine „Gandhi“ trotz italienischer Abstammung in einem nahezu allein geführten Wahlkampf geschafft, den *Congress* zurück an die Macht zu bringen.

Ihren bisherigen Wahlkreis hat sie ihrem 33-jährigen Sohn Rahoul überlassen, der das Mandat mit der wahlkämpferischen Hilfe seiner Schwester Priyanka problemlos gewinnen konnte. Die von dem begleitenden Medienrummel genährten Spekulationen, Sonja Gandhi werde nun den Platz an der Spitze des *Congress* für ihre Kinder halten, passen zu den *Bollywood*-Auswüchsen des Wahlkampfes, sind ansonsten aber realitätsfern. Wahr ist freilich, dass der erste Auftritt der vierten Gandhi-Generation die von Pessimismus befallenen *Congress*-Anhänger in letzter Minute aus ihrer Lethargie gerissen hat.

Organisation und Breitenwirkung

Der *Congress* verfügt noch immer über eine **landesweite Organisationsstruktur und ein Heer freiwilliger Helfer**. Diese sind im öffentlichen Leben der unzähligen dörflichen und kleinstädtischen Gemeinwesen präsent und als Sympathieträger wirksamer als die safrangelben Wanderpre-

diger des Hindu-Nationalismus. Das über Jahrzehnte gewachsene Netzwerk von Kontakten und Verbindungen ist für Wahlkampagnen, deren Erfolg mehr auf dem diskreten Aushandeln von Deals als auf öffentlichen Wirkungen beruht, wichtiger als der flächendeckende Einsatz von Bannern und Lautsprecherwagen.

Nach einer gewissen Schiefelage zugunsten der oberen Mittelschichten hat der *Congress* **wieder zu seinem alle sozialen Gruppen ansprechenden Regenbogenprofil zurückgefunden**. Die darin erkennbare größere Zuwendung zu unteren Schichten entspricht deren überwältigendem Anteil am Wahlvolk ebenso wie dem Rückstau der in deren Umfeld zu lösenden Probleme.

Der *Congress* hat sich nach dem im Jahr 2002 bei den Wahlen in Gujarat eklatant misslungenen Experiment, ein wenig auf der hindu-nationalistischen Welle mitzusegeln, auf die ideologiefreie Position der „säkularen Politik“ zurückgezogen und im übrigen einen moderaten Populismus gepflegt. Dies hat sich gerade auch als Kontrastprogramm zu der überzogenen Kampagne der *BJP* ausgezahlt.

Gründe für die Stärke der Linken

Die *Left Front*, aus den beiden kommunistischen Parteien *CPM* und *CPI*, der *Revolutionary Socialist Party (RSP)* und dem *All India Forward Bloc (AIFB)* hat gegenüber 1999 um fast 50 Prozent zugelegt und ist mit jetzt 59 Sitzen in der *Lok Sabha* drittstärkste Kraft.

Dass die **weitverbreitete Armut und extreme Ungleichheit in Indien die Linke täglich neu gebären, ist die plausibelste Erklärung für deren Erfolg**. Ihre überragende Stellung in West

Bengal und Kerala hat freilich komplexere Gründe. In beiden Staaten hat sich die *CPM* **zur dominierenden Regionalpartei entwickelt und wird von der dortigen Wählerschaft mehr nach ihrer Regierungsarbeit als nach ihren ideologischen Ritualen beurteilt**. Bemerkenswert ist allerdings, dass die *CPM* in West Bengal, wo die *Left Front* seit 27 Jahren regiert, bislang dem *Anti Incumbency*-Faktor zu widerstehen vermochte. Dies hat damit zu tun, dass sie mit Jyoti Basu und seit 2002 mit Buddhadeb

Bhattacharya zwei herausragende *Chief Minister* stellen konnte – und mit einer erstaunlich pragmatischen Politik. So liegt West Bengal bei den ausländischen Direktinvestitionen heute auf Rang Zwei aller 28 Unionsstaaten. Die *CPM* begründet ihre Industriepolitik mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, nicht damit, China zu überholen, und

setzt zugleich sozialpolitische Prioritäten. Aus diesem Grund **genießt die CPM in West Bengal mittlerweile Zustimmung quer durch alle Schichten**. Diesmal hat sie in der Gruppe der sehr Armen 56 Prozent der Stimmen erhalten, in der oberen Mittelklasse 41 Prozent.

Gründe für Aufstieg und Niedergang von Regionalparteien

Fast alle Regionalparteien sind in den letzten vier Jahrzehnten aus rechten oder linken Abspaltungen des *Congress* hervorgegangen. Von diesen haben es allein die *BJP* und zeitweise die *Janata Dal* geschafft, auf nationaler Ebene ein Gegengewicht zum *Congress* zu bilden. Dieser hatte den aus der Unabhängigkeitsbewegung überlieferten Anspruch einer alle Inder integrierenden Volkspartei auf die Dauer nicht einlösen können und deshalb zahlreiche Segmente seiner Wählerschaft an die neuen, sich auf einzelne Zielgruppen konzentrierende Parteien verloren. Diese haben sich mittlerweile in etlichen Bundesstaaten zur dominierenden politischen Kraft entwickelt und dort gelegentlich sogar die nationalen Parteien marginalisiert.

Nach dem Ende der absoluten Mehrheiten des *Congress* in 1989 treten diese regionalen Parteien zunehmend als Koalitionspartner auf Unions-ebene in Erscheinung. Bisher haben sie diese Doppelrolle allerdings eindeutig und zuweilen bis an den Rand der politischen Erpressung für ihre regionalen Interessen genutzt. Diese im Grunde illegitime Machtverlagerung vom Zentrum hinweg zur Peripherie war möglich, weil es das Korrektiv einer konstitutionellen Verpflichtung der Staaten zur Bundestreue bislang nicht gibt. Daran hatte sich die bisherige Regierung im Interesse ihrer dem Machterhalt dienenden Koalitionsarithmetik nicht gestört.

Andhra Pradesh: Absturz eines Überfliegers

Die in Andhra Pradesh bisher regierende *Telugu Desam Party (TDP)*, wichtigster Bündnispartner der *BJP*-geführten Koalition in Delhi, ist in der *Lok Sabha* von bisher 29 Sitzen auf nur noch fünf reduziert worden. Bei der gleichzeitig abgehaltenen Landtagswahl hat die *TDP* erdrutschartig drei Viertel ihrer Mandate und damit die Regierungsmacht verloren. In dem tiefen Fall des bisherigen *Chief Ministers* und politischen Wunderkinds Chandrababu Naidu bildet sich die **lange angestaute Wut einer von Dürrekatastrophen geplagten Landbevölkerung ab, deren verzweifelten Existenzkampf die vom Glanz der Informationstechnologie geblendete Regierung nicht wahrnehmen wollte**. Diese sah offenbar auch in den inzwischen mehr als 3000 Selbstmorden überschuldeter Kleinbauern keinen Anlass, ihre Prioritäten zu ändern. Statt dessen fand *Chief Minister* Naidu, der sich gerne als *Chief Executive Officer* von Hyderabad porträtiert sah, Zeit für ein Treffen mit Bernie Ecclesstone, um diesem seine Hauptstadt als ständigen Austragungsort von Formel-Eins-Rennen anzudienen. Der Wahlkampflogan der Opposition „*Farmers don't need Formula One*“ ließ nicht lange auf sich warten und geriet zum Menetekel an der Wand.

Obschon die Verluste der *TDP* hauptsächlich dem *Congress* zugute kamen, liegt darin keine Korrektur des Trends zu Regionalparteien. Immerhin

konnte auch die subregionale *Telangana Rashtra Samiti (TRS)* aus dem Stand fünf *Lok Sabha*-Sitze gewinnen und liegt jetzt mit der *TDP* gleichauf. Der *Congress* hatte einen „regionalen“ Wahlkampf geführt und im Gegensatz zur höher fliegenden *TDP* mit bodenständigen Themen die wahlentscheidenden Gruppen unterhalb der Oberschichten erreicht.

Bihar: Kasten und Charisma

In Bihar gelang es der regionalen Allianz der *Rashtriya Janata Dal (RJD)* mit der kleineren *Lok Jan Shakti Party (LJP)* 27 von 40 Sitzen in der *Lok Sabha* zu gewinnen. Das Bündnis der beiden „nationalen“ Parteien *BJP* und *JD(U)* hatte mit zusammen 11 Sitzen das Nachsehen. Hier hat eine Rolle gespielt, dass untere Kasten, Dalits und religiöse Minderheiten stärker ihrem Umfeld verhaftet sind und sich deshalb eher von Regionalparteien angesprochen fühlen. So hat die *RJD* bei der in Bihar weit verbreiteten unteren Kaste der Yadavs und bei den Muslimen jeweils vier Fünftel der Stimmen gewonnen. Die sozial mobileren Oberkasten haben dagegen zu zwei Dritteln die *BJP* bevorzugt. Der Erfolg der *RJD* geht freilich auch auf die außergewöhnliche Popularität ihres im übrigen nicht unumstrittenen Führers Laloo Prasad Yadav als „Messias der Armen“ zurück.

Punjab: Anti Incumbency-Faktor

Im wohlhabenden Unionsstaat Punjab äußerte sich eine Mehrheit gegen den nationalen Trend zufrieden mit der Wirtschaftspolitik der *BJP*-geführten Regierung in Delhi. Auf der anderen Seite ist es der im Punjab vor zwei Jahren gewählten *Congress*-Regierung offenbar nicht gelungen, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Auf dieser Grundlage und mit Hilfe des *Anti Incumbency*-Faktor konnte die regionale *Shiromani Akali Dal* das Wahlergebnis von 1999 umkehren und als

einzigster Bündnispartner der *BJP* in der *National Democratic Alliance* deutlich zulegen.

Tamil Nadu: Allianzwechsel und autokratische Führung

Bei Wahlen zur *Lok Sabha* scheint in Tamil Nadu die Regel zu gelten, dass jeweils eine der beiden großen dravidischen Parteien im Bündnis mit dem *Congress* alles gewinnt, während die anderen leer ausgehen. Diesmal ist es der *Dravida Munnetra Kazhagam (DMK)* zusammen mit dem *Congress* und einigen kleineren Parteien gelungen, alle 39 Mandate zu gewinnen. Dagegen konnte die in Tamil Nadu regierende *All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK)* keinen ihrer zuvor 10 Sitze halten. Nachdem die zuvor mit dem *Congress* verbündete *AIADMK* zur *BJP* gewechselt war, hatte *Sonja Gandhi* sich erfolgreich um die Unterstützung der beiden anderen dravidischen Parteien *DMK* und *MDMK* bemüht.

Neben dem Missgriff, das falsche Bündnis gewählt zu haben, hat der *AIMDMK* bei den Wählern besonders der autokratische Führungsstil von *Chief Minister Jayalalithaa* geschadet. Diese hat sich freilich als erstaunlich lernfähig erwiesen und unmittelbar nach der verlorenen *Lok Sabha*-Wahl eine Reihe repressiver Maßnahmen ihrer Regierung zurückgenommen.

Uttar Pradesh: Im Armenhaus entscheiden die Unterschichten

Im bevölkerungsreichsten Staat Indiens haben sich zwei Regionalparteien, die sozialistische *Samajwadi Party (SP)* und die den Dalits verbundene *Bahujan Samaj Party (BSP)*, gegenüber den lange dominierenden nationalen Parteien *BJP* und *Congress* durchgesetzt. Die *SP* konnte 35 von 80 *Lok Sabha*-Mandaten gewinnen und sich

dabei auf eine Mehrheit der Kleinbauern und der Muslime stützen. Die *RSP* erhielt drei Viertel der Dalit-Stimmen und kam auf 19 Mandate. Die *BJP* konnte nur noch bei den oberen Kasten deutliche Mehrheiten finden, was ihr noch 10 von zuvor 25 Mandaten einbrachte. Der *Congress*, der in

keiner Wählergruppe über eine spezifische Anhängerschaft verfügt, hat mit 9 Mandaten das Ergebnis von 1999 halten, den größeren Nutzen aber aus den Erfolgen der potentiellen Bündnispartner *SP* und *BSP* in der einstigen *BJP*-Hochburg ziehen können.

Das Wahlergebnis im Lichte des sozialen Wandels

Außer von den unmittelbar wirksam gewordenen Faktoren wie dem Hochmut der *BJP*, der Überlebenskraft des *Congress*, den Stärken der einen und Schwächen der anderen Regionalparteien ist **das Wahlergebnis auch von einem Paradigmenwechsel des sozialen Wandels beeinflusst worden.**

Das Bild der aufstrebenden Regionalmacht Indien, die sich bald mit China messen und auch sonst in der globalen Oberliga mitspielen will, **wird von einer oberen Mittelklasse geprägt, der zwischen 70 und 130 Millionen Menschen zugeordnet werden.** Diese nach europäischen Maßstäben wohlhabenden Inder fühlen sich der modernen Welt des 21. Jahrhunderts verbunden, wobei viele geflissentlich darüber hinwegsehen, dass **ein beträchtlicher Teil der übrigen 900 Millionen noch im 19. Jahrhundert lebt.** In den letzten Jahren ist der Eindruck entstanden, dass die urbanen Eliten in ihrem rastlosen Streben nach Höherem sich von dem großen Rest lösen und dem Entwicklungsland *Rural India* einfach davoneilen könnten. Die Inszenierung *India shining* hat solchen Vermutungen Auftrieb gegeben.

Die indische Demokratie hat bisher so funktioniert, dass **eine gut organisierte soziale Minderheit ihren politischen Führungsanspruch gegenüber den breiten Mehrheiten durchsetzen konnte.** Dieses Muster ist mit der jüngsten

Wahl obsolet geworden, nachdem diesmal die Mehrheit gegen den vorgegebenen Trend gestimmt und damit eine politische Konstellation geschaffen hat, unter der sie ihre Bedürfnisse besser zur Geltung bringen kann.

Die Wahlbeteiligung zeigt, dass die Entscheidung auf dem Land getroffen worden ist. Dort haben knapp 60 Prozent gewählt, in den großen Städten lediglich um die 45 Prozent. Und in den **Städten selbst haben überdurchschnittlich viele Slumbewohner gewählt**, während die oberen Schichten den Wahltag für ein verlängertes Wochenende genutzt haben.

Die *BJP* ist zur Partei zweier Minderheiten nämlich der Hindu-Nationalisten und der oberen Mittelklasse degeneriert, die ihren verbliebenen regionalen Allianzpartnern weder programmatisch noch im Blick auf Wählerpotentiale allzu viel zu bieten hatte. **Im Gegensatz dazu ist der *Congress* dabei, sich neu zu erfinden und den alten Eliten-Habitus mit der Hinwendung zu den unteren Schichten abzuwerfen.** Dem Wahlbündnis des *Congress* gehörten durchweg Parteien an, die untere Kasten, Kleinbauern und Arbeiter vertreten. Mit der zu erwartenden Unterstützung durch die Linke und durch weitere den unteren Kasten nahestehende Regionalparteien, war dieses Bündnis für die zuvor politisch ausgegrenzte Mehrheit unwiderstehlich.

Zur Politik der künftigen *Congress*-geführten Regierung

Minimales Grundsatzprogramm

Das vom *Congress* geführte Bündnis *United Progressive Alliance (UPA)* hat sich Ende Mai auf ein *Common Minimal Program* geeinigt, das auf sechs Prinzipien der Regierungsarbeit beruht:

- Festigung des sozialen Gemeinsinns und Abwehr kommunalistischer Zwietracht
- Wirtschaftliches Wachstum, das Beschäftigung schafft
- Bessere Lebensbedingungen für die in der Landwirtschaft und im unorganisierten Sektor Tätigen
- Stärkung der Rechte und Handlungsfreiheiten von Frauen
- Gleiche Rechte und Chancen für Dalits, Adivasis, Unterkasten und religiöse Minderheiten
- Freisetzung kreativer Energien von Unternehmern, Wissenschaftlern und aller anderen Produktivkräfte.

Das eigentliche Programm **atmet den Geist eines „Aufbruchs zu neuen Ufern“, bleibt aber trotz seiner Detailfülle etwas vage**. Erkennbar ist das Bemühen, nach der Phantasieprojektion *India Shining* auf den Boden der Realitäten zurückzukehren. Dies geschieht etwa mit der Aufzählung notleidender Bereiche wie der Landwirtschaft, dem informellen Sektor, der Textilindustrie, der Infrastruktur, dem Primärschulwesen, der Gesundheitsversorgung, denen schnelle Unterstützung zugesichert wird, und sehr anschaulich mit der Ankündigung, künftig jedes Schulkind mit einer warmen Mahlzeit pro Tag zu versorgen.

Zwei wichtige Wahlversprechen werden bekräftigt. Erstens soll es in der *Lok Sabha* und in den *State Assemblies* (Landtagen) künftig eine **Drittelquote für Frauen** geben. Zweitens sollen der in erheblichem Umfang **zur Beschneidung von Bürgerrechten missbrauchte *Prevention of Ter-***

***rorism Act (POTA)* aufgehoben** und statt dessen die bestehenden Gesetze zur inneren Sicherheit strikter angewandt werden.

Das zwiespältige Thema der **Wirtschaftsreformen** wird mit dem Motto „**Reformen mit menschlichem Gesicht**“ eingeeht. Die klare Absage an ein *Hire-and-fire*-System bedient dabei die Erwartungen der Linken, während Begriffe wie Deregulierung, Investitionsförderung und Subventionsabbau Signale der Entwarnung an die verunsicherte *Business Community* senden. Angesichts der unbestritten dringlichen aber doch sehr umfassenden Vorhaben zur Förderung strukturschwacher Bereiche erscheint allein der Vorsatz, das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2009 auf Null zu bringen, etwas verwegen.

Fortsetzung der Wirtschaftsreformen

Der neugewählte Premierminister Manmohan Singh gilt als der Vater der indischen Wirtschaftsreformen, die er 1991 als Finanzminister in der letzten *Congress*-geführten Regierung unter Narasima Rao einleitete. Mit seinem Reformkonzept war es ihm seinerzeit gelungen, Indien aus einer schweren Wirtschaftskrise, die das Land bis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben hatte, herauszuführen. **Vor diesem Hintergrund beantwortet sich die Frage, ob die neue Regierung an dem Reformkurs festhalten wird, eigentlich von selbst**. Die in den Medien geäußerten Befürchtungen, die Linksparteien könnten als Preis für ihre Unterstützung der Regierung einen Stop der Reformen verlangen, verkennen die politischen Verhältnisse. Zum einen hängt die Regierung nicht ausschließlich von den Stimmen der Linken ab, zweitens hat diese politisch keine Alternative zur Stützung dieser Mitte-Links-Koalition und drittens verfolgt die *Left Front* in

West Bengal selbst eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik.

Fortsetzung der Entspannungspolitik

Unter programmatischen und strategischen Gesichtspunkten besteht **kein Zweifel an der engagierten Fortführung der Entspannungspolitik gegenüber Pakistan; unter den gegebenen Rahmenbedingungen gibt es dazu auch keine Alternative.** Es liegt freilich ein entscheidender Vorteil darin, dass der historische Durchbruch im Verhältnis zu dem bisherigen Erzfeind von einer nationalistisch gefärbten Rechtsregierung besorgt wurde. Ein politischer Tabubruch, wie Vajpayees Freundschaftsgeste im April 2003 in Srinagar, hätte eine *Congress*-Regierung der wütenden Anschuldigung eines „Ausverkaufs nationaler Interessen“ ausgesetzt. Nun kann der neue Premierminister Manmohan Singh unbelastet auf dem Weg voranschreiten, den sein Vorgänger Atal Behari Vajpayee mit staatsmännischer Klugheit und großem Mut geebnet hat.

Das gleiche gilt für die lange belasteten **Beziehungen mit China, deren grundlegende und entschiedene Verbesserung im essentiellen globalpolitischen Interesse Indiens liegt.**

Premierminister Singh wird anders als sein Vorgänger Vajpayee nicht das Problem haben, seine Außenpolitik gegen permanenten Widerstand aus der eigenen Partei durchsetzen zu müssen.

Stabilität der *United Progressive Alliance*

Im Strategiewechsel des *Congress* zum Eingehen von Koalitionen erweist sich Politik in Indien als lernendes System. Die jetzt zustande gekommene **Doppelkonstruktion einer die Regierung bildenden Allianz und der Verpflichtung weiterer Bündnispartner zur Unterstützung von au-**

ßen steht auf der Grundlage elementarer politischer Übereinstimmungen bei graduellen Meinungsunterschieden. Dies wird mit dem *Common Minimal Program* deutlich, mit dem sich auch die regionalen Partner auf bundespolitische Ziele festlegen – also darauf, was sie auf nationaler Ebene verändern, nicht, was sie aus partikularem Interesse verhindern wollen.

Auch die Vereinbarungen mit der Linksfront über deren Unterstützung von außen beruhen auf einer Schnittmenge politischer Übereinstimmungen. In dieser Art politischer Verbindlichkeit unterscheidet sich das neue Bündnis von dem Prinzip der offenen Türen bei der *NDA*, das ein Kommen und Gehen von Partnern zur Folge hatte.

Zur **Stabilität der *United Progressive Alliance* dürfte beitragen, dass es für kaum einen Partner politische Alternativen gibt.** Das bedeutet zwar nicht, dass sie voneinander abhängig, wohl aber dass sie aufeinander angewiesen sind. Insofern spielt es keine große Rolle mehr, ob der *Congress* die regionalen Parteien braucht, um im Zentrum regieren zu können, oder ob die Regionalen den *Congress* als mehrheitsbildendes Vehikel für ihren bundespolitischen Gestaltungswillen betrachten. **Dieses Bündnis ist als „symbiotische Koalition“ angelegt und wird deshalb voraussichtlich anders funktionieren als die bisherigen „parasitären“, in denen die Partner sich gegenseitig als lästige Übel der Mehrheitsbeschaffung verstanden hatten.**

Ein *Worst Case Scenario*, nach dem die Allianz über kurz oder lang infolge taktischer Spielchen einzelner Partner ihr Momentum verliert, ist aus den genannten Gründen eher unwahrscheinlich.

Das *Best Case Scenario*, nach dem die politischen Reformpläne der verschiedenen Parteien innerhalb und außerhalb des Bündnisses in einer Politik der parallelen Strategien gebündelt, und auf diese Weise Synergien freigesetzt werden, erfor-

dert einigen Optimismus. Dieser könnte in Anbetracht der immensen Herausforderung, die der grundstürzende Wandel sowohl der globalen Rah-

menbedingungen als auch der sozialen Verhältnisse in Indien für die neue Regierung bedeutet, gerechtfertigt sein.